

Forderung einer nachhaltigen und generationengerechten Rentenreform

Mit 27,2% des Bundeshaushalts, entsprechend 132,9 Milliarden Euro, entfallen die höchsten öffentlichen Ausgaben Deutschlands auf die Rentenversicherung und die Grundsicherung im Alter. Ein erheblicher Teil dieser Mittel fließt als direkte Bundeszuschüsse in die allgemeine Rentenversicherung, zusätzlich zu den regulären Beiträgen in Höhe von 289,0 Milliarden Euro. Dies verdeutlicht die strukturelle Unterfinanzierung des Rentensystems.

Der demografische Wandel verschärft diese Problematik: Eine stetig schrumpfende Zahl von Erwerbstätigen muss eine wachsende Zahl von Rentenbeziehenden finanzieren. Diese Entwicklung gefährdet die langfristige Stabilität und Finanzierbarkeit des gegenwärtigen Rentensystems und erfordert dringend umfassende Reformen.

Bis zum Jahr 2036 werden fast 19,5 Mio. in Rente gehen während nur 12,5 Mio. neue Personen in den Arbeitsmarkt hinzukommen. [8]

Die Reformansätze der vergangenen Jahre, darunter das Rentenpaket II, priorisieren oft kurzfristige Entlastungen für ältere Generationen, während die jüngere Generation mit langfristig steigenden Beitrags- und Steuerlasten konfrontiert wird (vgl. Ragnitz, 2024). Sowohl das inflationsbereinigte Einkommen als auch das durchschnittliche Nettovermögen von Rentenbeziehenden steigen seit 2007 kontinuierlich an. Diese intergenerationelle Umverteilung gefährdet die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und verstärkt die Unsicherheit junger Erwerbstätiger in Bezug auf ihre individuelle Altersvorsorge. Der Vertrauensverlust in die Tragfähigkeit des Systems wird zusätzlich durch die hohe Abgabenlast verstärkt: Deutschland weist laut OECD den zweithöchsten Anteil von Steuer- und Sozialabgaben an den Arbeitskosten der OECD Mitglieds-länder auf. Das ifo-Institut (vgl. Rausch & Börsch-Supan, 2024) merkt an, dass sich “durch die Haltelinie des Rentenpakets II [...] die Beitragslast in etwa verdoppeln [würde]”. Eine solche Belastung stellt nicht nur ein finanzielles Risiko dar, sondern mindert auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts, was potenziell zu einer Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und Unternehmen führt.

Vor diesem Hintergrund fordert die BuFaK WiWi, die unausweichlichen Belastungen des Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge gerecht auf Rentenbeziehende sowie Steuer- und Beitragszahlende zu verteilen. Eine Reform, die einseitig die junge Generation belastet, verkennt die Notwendigkeit, die Lasten gleichmäßig zu verteilen und gleichzeitig Anreize für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Standortattraktivität zu schaffen.

Die demografischen und fiskalischen Herausforderungen des Rentensystems erfordern eine grundlegende Neuausrichtung, die sowohl langfristige finanzielle Stabilität gewährleistet als auch soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen sicherstellt. Die BuFaK WiWi fordert, dass eine nachhaltige Rentenpolitik die bestehenden Strukturen reformieren muss, ohne die ökonomischen Perspektiven und die gesellschaftliche Teilhabe zukünftiger Generationen zu gefährden. Dies ist damit nicht nur eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit, sondern auch ein zentraler Beitrag zur Wahrung des sozialen Zusammenhalts und der Innovationskraft Deutschlands.

Quellen:

- [1] Bundeshaushalt. Zugriff am 17. November 2024, von <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>
- [2] Bund-Länder Demografieportal. Zugriff am 17. November von <https://www.demografieportal.de/DE/Fakten/einkommen-aeltere-haushalte.html>
- [3] Institut der deutschen Wirtschaft (2024) Zugriff am 17. November 2024, von <https://www.iwd.de/artikel/hoehere-nettovermoegen-in-deutschen-haushalten-618652/>
- [4] OECD. (2024). Taxing Wages 2024. Tax and Gender through the Lens of the Second Earner. Zugriff am 17. November 2024, von <https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-issues/tax-policy/taxing-wages-brochure.pdf>
- [5] Ragnitz, J. (2024). Wirkungen des Rentenpakets II: Ältere profitieren, Jüngere verlieren. ifo Dresden berichtet, 31(4), 22-25.
- [6] Rausch, J., & Börsch-Supan, A. (2024). Mehrausgaben des Rentensystems aufgrund des Rentenpakets II. ifo Schnelldienst, 77(05), 63-72.
- [7] Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (2007) Zugriff am 17. November 2024, von <https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2007/10/geld-immobilien-rentner-102007.pdf>
- [8] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/babyboomer-rente-arbeitnehmer-100.html>
- [9] Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (2007) Zugriff am 17. November 2024, von <https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2007/10/geld-immobilien-rentner-102007.pdf>